Antwortschreiben des Rats der EWG (27. September 1961)

Quelle: Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. September/Oktober 1961, n° 9/10. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. "Antwortschreiben des Rats der EWG", p. 6.

Urheberrecht: (c) Europäische Union

URL:
http://www.cvce.eu/obj/antwortschreiben_des_rats_der_ewg_27_september_1961-de-83144186-092b-45f1-81ec-e2cbe0b981ff.html

Publication date: 01/03/2017

Antwortschreiben des Rats der EWG (27. September 1961)

Herr Premierminister!

Ich habe die Ehre, mich auf das Schreiben vom 9. August 1961 zu beziehen und Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß der Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf seiner Tagung vom 25. und 26. September 1961 zu dem Antrag der Regierung Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien und Nordirland Stellung genommen hat, der die Einleitung von Verhandlungen im Hinblick auf einen Beitritt zum Vertrag von Rom nach seinem Artikel 237 zum Ziel hat.

Ich freue mich, Eure Exzellenz davon unterrichten zu können, daß der Ministerrat diesem Antrag einstimmig seine Zustimmung gegeben hat.

Eure Exzellenz haben in dem genannten Schreiben die Regierungen der Mitglied-Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auch auf die Verpflichtung der britischen Regierung hingewiesen, den besonderen Beziehungen mit dem Commonwealth wie auch den wesentlichen Interessen der britischen Landwirtschaft sowie der anderen Mitglieder der Europäischen Freihandelsassoziation Rechnung zu tragen.

Die Regierungen der sechs Unterzeichnerstaaten des Vertrags von Rom haben von diesem Hinweis Kenntnis genommen und mich beauftragt, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß, um die Verhandlungen unter den günstigsten Voraussetzungen aufnehmen zu können, sie es für notwendig erachten, voll über die Probleme unterrichtet zu werden, die sich der britischen Regierung insbesondere auf den in dem Schreiben Eurer Exzellenz vom 9. August 1961 genannten drei Gebieten stellen, wie auch über die von ihr hierfür in Aussicht genommenen Lösungen.

Zu diesem Zweck haben mich die sechs Regierungen beauftragt, die britische Regierung einzuladen, an einer Sitzung teilzunehmen, die am 10. und gegebenenfalls am 11. Oktober 1961 in Paris stattfinden könnte. Im laufe dieser Sitzung würde ihnen der Standpunkt der britischen Regierung mitgeteilt werden.

Sobald die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Prüfung der ihnen auf diese Weise übermittelten Hinweise beendet haben, wobei sie sich die Möglichkeit offenhalten, zusätzliche Erläuterungen zu erbitten, werden sie im Einvernehmen mit der britischen Regierung den Zeitpunkt für den Beginn der eigentlichen Verhandlungen festlegen. Diese könnten nach Ansicht der sechs Regierungen in Brüssel stattfinden und in der ersten Hälfte des Monats November beginnen.

gez. Ludwig Erhard